

Thema des Monats

## Große Inventur der kommunalen Infrastruktur:

### Zustandsbericht von Straßen und ÖPNV-Netzen in unseren Städten und Gemeinden

Kommunale Verkehrsnetze sind die Lebensadern unserer Gesellschaft – sie sorgen dafür, dass Menschen vor Ort mobil sind, Unternehmen gut zu erreichen sind und lokales Wachstum auch des Verkehrs im Einklang mit Klimaschutzziele realisiert werden kann. Der Neu- und Ausbau sowie der Erhalt und die Modernisierung stellen die Kommunen jedoch vor eine doppelte Herausforderung, die ohne weitere finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern nicht zu schultern ist: Um Treibhausgasemissionen substantiell zu senken, muss eine Transformation zu einem nachhaltigen Verkehrssystem vollzogen werden. Gleichzeitig gilt es, ein funktionierendes und leistungsfähiges Straßen- und Schienennetz vorzuhalten. Für den passgenauen Einsatz künftiger Investitionen ist es unerlässlich, detaillierte Kenntnisse über Umfang und Zustand der Netze zu haben.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der ADAC e.V. haben daher gemeinsam das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beauftragt, erstmals den Umfang des kommunalen Verkehrsnetzes (Straße und ÖPNV) in ganz Deutschland sowie dessen baulichen Zustand vollumfänglich zu erheben. Daraus wurden dann im Rahmen der Studie die notwendigen Bedarfe für Nachhol- und Ersatzinvestitionen ermittelt sowie der zusätzliche Investitionsbedarf in kommunalen Verkehrsnetzen bis 2030 für mehr Klimaschutz im Verkehrssektor abgeschätzt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- › Der Investitionsbedarf für Erhalt und Erweiterung von Schienennetzen und Straßen in Städten, Landkreisen und Gemeinden bis 2030 beträgt insgesamt rund 372 Milliarden Euro.
- › Die Straßen weisen insgesamt eine Länge von knapp 714.000 km aus.
- › Die Länge der Straßenbrücken in Kommunen beträgt rund 3.600 km und die der kommunalen Straßentunnel knapp 1.400 km.
- › Die Länge der U-Bahn-Gleise beträgt rund 900 km und die der Straßenbahnen 6.320 km, davon verlaufen 451 km Gleise unterirdisch.

- › Ein Drittel der Kommunen bewertet den Zustand ihrer bestehenden Streckennetze für alle Verkehrsträger mindestens mit „gut“.
- › Ein Drittel der Straßen weist größere Mängel auf.
- › Fast jede zweite Straßenbrücke in den Kommunen ist in keinem guten Zustand, ebenso wie die ÖPNV-Netze.
- › Die ÖPNV-Brücken und -Tunnel sind im Vergleich besser erhalten: Etwa zwei Drittel davon sind neuwertig oder in einem guten Zustand.
- › Mit rund 283 Milliarden Euro entfällt der deutlich größte Teil auf den Nachhol- und Ersatzbedarf bei der Straßenverkehrsinfrastruktur der Kommunen.
- › Bei der ÖPNV-Infrastruktur lässt sich der Nachhol- und Ersatzbedarf bis zum Jahr 2030 auf 64 Mrd. Euro beziffern.
- › Der größte Teil der voraussichtlich erforderlichen Investitionen im ÖPNV entfällt auf U-Bahn- sowie Stadt-/Straßenbahnstrecken in Tunnellage.

BAUINDUSTRIE-Hauptgeschäftsführer Tim-Oliver Müller: „Wir reden über wesentliche Grundbedürfnisse, über die Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern, Verbindung von Stadt und Land. Eine gesunde Verkehrsinfrastruktur ist essenziell für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Wir brauchen deshalb einen Verkehrsplan für Deutschland, der nicht in Legislaturperioden und regionalen Zuständigkeiten denkt, sondern den flächendeckenden Verkehr ermöglicht. Die Bauindustrie und ihre mittelständischen Unternehmen sind lokal und regional vor Ort, haben das Know-how und die Kapazitäten, um die politischen und gesellschaftlichen Ziele umzusetzen. Wir bauen Brücken und Straßen, Wasserstraßen, die Verkehrs-, Klima und Mobilitätswende – wenn man uns bauen lässt. Deshalb brauchen wir Planungs- und Projektbeschleunigung, die nicht bei Genehmigungs- und Planungsverfahren aufhören. Wir brauchen Partnerschaftsmodelle, flexibles Vergaberecht – also weg von der ausschließlichen Klein-Kein- Vergabe, hin zu einer Vielfalt an Vergabemodellen, wenn wir zügiger und produktiver werden wollen.“



Tim-Oliver Müller,  
Hauptgeschäftsführer des  
Hauptverbandes der  
Deutschen Bauindustrie

#### INHALTSVERZEICHNIS

##### 1 Thema des Monats

Große Inventur der kommunalen Infrastruktur

##### 2 Kommentar / Forum Nord

Neue Schockwellen drohen  
Die Energie- und Klimawende hat viele Facetten

##### 3 Forum Nord

Die Energie- und Klimawende hat viele Facetten

##### 4 Forum Nord

Baubündnis Treffen

## NEUE SCHOCKWELLEN DROHEN

Über 40 Prozent der Bauunternehmen in Deutschland klagen über mangelnde Aufträge. Vor einem Jahr lag der Wert noch unter elf Prozent. Das Ifo-Institut präsentierte diese dramatischen Zahlen vor wenigen Wochen. Zudem lagen die Baugenehmigungen im ersten Halbjahr um 27 Prozent unter dem Vorjahreswert, so das Statistische Bundesamt. Vielleicht führen diese Zahlen – endlich – dazu, dass die Politik die Brisanz der Lage am Bau realistisch einschätzt. Zahlreiche Vorzeichen haben schon längst dafür gesorgt, dass diese Hiobsbotschaft niemanden überraschen dürfte. Versprechungen, um die Aussichten zu verbessern, gab es auch schon reichlich. Doch dabei blieb es.

Und nun? Die Bauziele der Bundesregierung wurden bisher klar verfehlt. Von den versprochenen 400.000 neuen Wohnungen jährlich ist nicht viel zu sehen. Laut

Ifo werden es nur 200.000 bis zum Jahr 2025. Natürlich arbeitet Bauministerin Klara Geywitz weiterhin an Gegenmaßnahmen. Und das tut auch Finanzminister Christian Lindner. Die eine plädiert für steuerliche Anreize, der andere will dieselben Effekte erreichen, dabei aber die Schuldenbremse einhalten. Allein diese Positionen beinhalten ausreichend Potenzial, um keine schnelle Lösung durchzusetzen. Zudem gibt es auf Expertenseite erhebliche Zweifel: So könnten Steueranreize zwar helfen, aber nicht unbedingt dort, wo der Wohnraum knapp ist. Was bleibt, sind also wieder einmal die gelb-grünen Dissonanzen. Was bleibt, ist aber auch der immense Anteil der Baubranche von zwölf Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Wenn jetzt also weiterhin nur gestritten wird, werden bald noch ganz andere Zahlen für Schockwellen sorgen.

## DIE ENERGIE- UND KLIMAWENDE HAT VIELE FACETTEN

### Interview Baurundblick mit Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer, Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)

**Die deutsche Wirtschaft beklagt ein Versagen der Politik, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Nennen Sie die Forderungen der niedersächsischen Wirtschaft.**

#### Dr. Volker Müller:

Damit unsere Unternehmen wettbewerbs- und handlungsfähig bleiben, brauchen wir bezahlbare Energiekosten, deutlich weniger Bürokratie, schnellere digitale Verwaltungswege und eine ganzheitliche Fachkräftesicherung, in der nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht. Insbesondere im Bereich der Rohstoffsicherung gilt es, wesentliche Produzenten und Ressourcen am Standort zu halten und auf eine moderne Kreislaufwirtschaft zu setzen. Hier gibt es ein enormes Innovationspotenzial, das wir heben müssen. Weiter muss die Steuerbelastung der Unternehmen auf im internationalen Vergleich übliche maximal 25 Prozent gesenkt werden.

Der beschlossene 10-Punkte-Plan während der Kabinettsklausur in Meseberg Ende August beinhaltet wichtige Ansätze, um Wirtschaft und Industrie mittelfristig zu unterstützen. Mit Blick auf das Wachstumschancengesetz, weitere Bürokratieentlastung, die Digitalisierungsoffensive und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss die Bundesregierung nun zeigen, dass sie nicht nur Versprechungen macht, sondern auch zügig liefert.

Was aber fehlt, ist eine kurzfristige Lösung, um unsere Wirtschaft jetzt vor der existenziellen Bedrohung hoher Energiepreise zu schützen. Dazu brauchen wir dringend einen breit angelegten, bürokratiearmen Transformationsstrompreis auf Zeit für alle energieintensiven Branchen sowie eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau, eine Reform der Netzentgelte und mehr Energiespeicher für erneuerbare Energieparks. Ansonsten verlieren wir maßgebliche Branchen am Standort Deutschland und reduzieren die Resilienz unserer Wirtschaft.

**In einer aktuellen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wird dem Standort Niedersachsen bei der Verkehrsinfrastruktur ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Insbesondere mit der A39 könnte die Verkehrsanbindung in dieser Hinsicht sehr schlecht bewerteter Regionen erheblich verbessert werden. Setzt sich die Niedersächsische Landesregierung aus Ihrer Sicht ausreichend für die Realisierung dieses Projektes wie auch anderer Autobahnen, wie z.B. der A20, ein?**

[weiter auf Seite 3](#)



**Dr. Volker Müller:**

Ja, der Zustand unserer Landesstraßen und Brücken sowie der Planungsstillstand wichtiger Bundesstraßen und Autobahnen belasten den Individualverkehr und den Güterverkehr enorm. Insbesondere der grüne Koalitionspartner in Niedersachsen lehnt den Vorstoß von Wirtschaftsminister Olaf Lies für den Neu- und Ausbau dringend notwendiger Schnellstraßen wie der A 39 und der A 20 ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung diese Verkehrswege, wie im Koalitionsvertrag geplant, unter Berücksichtigung des erforderlichen Klimaschutzes, zügig in Angriff nimmt.

Noch immer gelingt es regelmäßig nicht, die zur Verfügung stehenden Bundesmittel abzurufen, so dass andere Bundesländer, insbesondere Bayern, übriggebliebene Mittel für ihre Infrastruktur nutzen können. Niedersachsen muss hier dringend aufholen, damit auch wir fertig geplante Projekte in den Schubladen haben und nicht abgerufene Mittel anderer Bundesländer zu uns umlenken können.

Für ein modernes und klimafreundliches Mobilitätskonzept müssen alle Verkehrsträger zusammen gedacht werden. So wird die Straße, neben dem massiven Ausbau von Schienen und Wasserstraßen, weiterhin der Verkehrsträger sein, über den der Großteil der anfallenden Güterverkehrsleistung abgewickelt und die Individualmobilität in ländlichen Regionen sichergestellt wird. Gerade mit Blick auf eine voranschreitende Globalisierung und die parallele Zunahme lokaler Wirtschaftskreisläufe und -netzwerke werden die A 20 und A 39 für schnellere und damit kürzere, klimaschonende Wege sowie eine deutliche Entlastung vorhandener Verkehrswege und damit weniger Staus und Unfälle sorgen.

**Wir betreiben in Niedersachsen einen beschleunigten Ausbau von LNG-Terminals, Windkraftanlagen, Wasserstoff-, Ladesäuleninfrastruktur und Stromtrassen und beschäftigen uns vornehmlich mit einer vom russischen Gas unabhängigen Energieversorgung in Europa. Vergessen wir dabei die Grundlagen, um die Energiewende zu erreichen?**

**Dr. Volker Müller:**

Die Energie- und Klimawende hat viele Facetten. Neben einem bewussten Umgang mit Energie und effizienten Produkten, befinden wir uns mitten im technologischen Umbau hin zu erneuerbaren Energiequellen, einer intelligenten Speicherung und Verteilung in Form von Stromnetzen und Ladeinfrastruktur sowie der Sicherung notwendiger Importe, auf die wir aufgrund aufgegebener Kern- und in Kürze Kohlekraft, dringend angewiesen sind.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Beschleunigung der Genehmigungen für die LNG-Terminals hauptsäch-

lich dadurch erreicht wurde, dass Personal von anderen Behörden für diese Projekte abgezogen wurde. Die Planungsunterlagen haben trotzdem mehr als 10.000 Seiten umfasst. Hier scheinen die maßgeblichen Voraussetzungen tatsächlich in Vergessenheit zu geraten. Um in der Breite schneller zu werden, sind eine deutliche Entbürokratisierung, schnellere Genehmigungen, die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und eine Fachkräfteoﬀensive grundlegend. Dabei dürfen wir die Grundstoffindustrie, Unternehmen und Handwerksbetriebe nicht auf dem Weg verlieren. Sie brauchen während der Transformation wettbewerbsfähige Energiekosten und steuerliche Entlastungen, um weiter in die Transformation investieren zu können. Wir müssen sicherstellen, dass wir die Produkte und Lösungen für unsere Ziele auch am Standort Europa produzieren, verarbeiten und bedienen können.

**Die Bauindustrie beklagt häufig, dass bei der Ausschreibung von Bauleistungen durch öffentliche Auftraggeber die Verwendung von RC-Materialien offen oder indirekt ausgeschlossen wird, indem man die Verwendung von Natursteinen vorschreibt. Dies, obwohl das Niedersächsische Abfallgesetz eine Regelung enthält, wonach öffentlichen Auftraggebern insoweit eine Vorbildfunktion zukommt und diese gehalten sind, bei der öffentlichen Auftragsvergabe RC-Materialien zu bevorzugen. Wie kann aus Ihrer Sicht eine bessere Durchsetzung des Gedankens der Kreislaufwirtschaft im öffentlichen Bau gelingen?**

**Dr. Volker Müller:**

Die Landesregierung muss noch stärker und konsequent die Verwendung von Recyclingmaterialien bei öffentlichen Aufträgen durchsetzen, in dem sie diese verpflichtend vorschreibt. Schon lange geht es nicht mehr nur um eine Vorbildfunktion. Der konsequente Einsatz von Recyclingmaterialien beschleunigt unsere Innovationsfähigkeit, schont natürliche Ressourcen, reduziert internationale Lieferkettenprobleme und gewährleistet unsere Versorgungssicherheit. Eine voll leistungsfähige Kreislaufwirtschaft mit ihren Schwerpunkten Recycling, Vermeidung, Wiederverwendung und Reparatur ist das Zukunftsmodell für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Recycling muss auf allen Ebenen eine deutlich höhere Priorität haben. Deshalb braucht auch die neue Ersatzbaustoffverordnung des Bundes eine ernsthafte Überarbeitung. Darin bleibt unklar, ab welchem Zeitpunkt nach dem Ausbau mineralische Ersatzbaustoffe nicht mehr als Abfall zu qualifizieren sind. Das hat umfangreiche rechtliche Konsequenzen, die einen erheblichen Mehraufwand bedeuten und am Ende dazu führen, dass das Material in der Praxis auf der Deponie landet und nicht dem Recycling zur Verfügung steht. Hier muss ein Umdenken pro Recycling stattfinden.



## Baubündnis-Treffen in Hannover



Unter Leitung von Wirtschaftsminister Olaf Lies fand Anfang September das Niedersächsische Baubündnis statt. Alle Akteure der Bauwirtschaft arbeiten hier gemeinsam daran, Schwarzarbeit zu bekämpfen und Tariftreue am Bau zu sichern. Das Risiko erwischt zu werden, ist für Mindestlohnbetrüger immer noch viel zu gering. Hier muss es einen stärkeren Kontrolldruck geben. Deshalb sollte der Zoll noch mehr Präsenz zeigen.

## Baubündnis-Treffen in Bremen

Auf Einladung des Senators für Finanzen, Björn Fecker, hat sich das "Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung" Mitte September in Bremen zum Austausch getroffen und seine Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in der Bauwirtschaft besprochen.

Finanzsenator Björn Fecker: "Mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit wollen wir Menschen vor Ausbeutung schützen und für einen fairen Wettbewerb von Unternehmen sorgen. Schwarzarbeitende haben keine Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und auch keine Altersvorsorge. Diese Profitgier auf Kosten von Menschen muss unterbunden werden. Illegale Beschäftigung verzerrt den Wettbewerb und schadet auch gesetzestreuem Unternehmen. Nicht zuletzt gehen dem Fiskus Einnahmen verloren, die so für viele wichtige Aufgaben von Bildung bis Wirtschaftsförderung fehlen."

Der Vertreter des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Rechtsanwalt Prof. Andreas Biedermann, machte deutlich, dass die Verbandsfirmen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit nicht dulden. Die Bekämpfung von Schwarzarbeit bleibt zentrales Thema, um auf dem Bauarbeitsmarkt für Wettbewerbsgerechtigkeit zu sorgen. In diesem Zusammenhang begrüßte Prof. Biedermann, dass die Sozialkasse der Bauwirtschaft ihr Bescheinigungswesen im Rahmen der Hauptunternehmerhaftung für die Mitglieder optimiert hat.

### IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.  
Eichstraße 19 | 30161 Hannover  
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH  
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig  
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge  
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.  
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.